Inhaltsübersicht

1. Tei	il	
Die j	politische Verfassung der Europäischen Union	39
§ 1	Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union	39
§ 2	Ziele, Methoden und Akteure der europäischen Einigung	71
§ 3	Die Rechtsquellen des Unionsrechts	82
§ 4	Die Verfassungsprinzipien	92
§ 5	Die Organisationsstruktur	
§ 6	Funktionen	277
2. Te	il	
Die '	Wirtschaftsverfassung	373
§ 7	Der Binnenmarkt	373
§ 8	Die Wirtschafts- und Währungspolitik	386
3. Te	il	
Die (Grundfreiheiten	407
§ 9	Der freie Warenverkehr	107
	Die Freiheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs	145
_	Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	
4. Te:	il	
Der	freie Wettbewerb	533
§ 12	Die Grundlagen des europäischen Wettbewerbsrechts	533
§ 13	Vorschriften für Unternehmen	539
§ 14	Fusionskontrolle	575
§ 15	Kontrolle staatlicher Beihilfen	581
§ 16	Das Verbot der Begünstigung öffentlicher Unternehmen	603
5. Te:		
Der	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	607
	Aufbau des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	607
§ 18	Abbau der Kontrollen an den Binnengrenzen und Grenzschutz	<i>(</i> 10
C 10	an den Außengrenzen	
	Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	
	Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	
	Polizeiliche Zusammenarbeit	
g 22	Einwanderungs- und Asylrecht	140

Inhaltsverzeichnis

		ir 1. Aujiage	
		es Literaturverzeichnis	
	-	gsverzeichnis	
Zeitt	afel		34
1. Te	-il		
		itische Verfassung der Europäischen Union	39
§ 1		Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union	
A.	Die	frühen europäischen Einigungsbemühungen	39
	I.	Die Konkretisierung der Europäischen Idee zwischen	
		den Weltkriegen	
	II.	Die Nachkriegszeit	
	III.	Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften	
	IV.	Die Bildung der europäischen Freihandelszone	44
В.	Vor	n den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen	
	Uni	on	46
	I.	Die vergeblichen Versuche zur Vertiefung der Europäischen	
		Gemeinschaften	
	II.	Die Reformdiskussion der 80er-Jahre	47
	III.	Die Einheitliche Europäische Akte	
	IV.	Der Vertrag über die Europäische Union	
		1. Der Vertrag von Maastricht	
		2. Der Vertrag von Amsterdam	
		3. Der Vertrag von Nizza	
		4. Der Vertrag über eine Verfassung für Europa	
		5. Der Vertrag von Lissabon	5]
C.	Mit	gliedschaft, Beitritt und Assoziierung	53
	I.	Die Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaften	
	II.	Die Beitrittsgeschichte	54
		1. Der Beitritt des Vereinigten Königreichs, Irlands und	
		Dänemarks	
		2. Der Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals	
		3. Die Eingliederung der früheren DDR	
		4. Der Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens	. 54
		5. Der Beitritt von zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten	
		sowie Malta, Zypern und Kroatien	55
		6. Weitere Beitrittsverhandlungen	55

		a) Beitrittskriterien und Beitrittsverfahren b) Kandidatenländer	
		,	
	***	c) Potentielle Kandidaten	
	III.	Die Austrittsgeschichte	
		1. Grönland	
		2. Vereinigtes Königreich (Brexit)	
		a) Austrittsabkommen	
		b) Politische Erklärung	
	~~ ,	c) Finale Regelung der zukünftigen Beziehungen	
	IV.	Die (Beitritts-)Assoziierung	69
§ 2	Zie	le, Methoden und Akteure der europäischen Einigung	71
A.	Zie	le der europäischen Einigung	71
	I.	Die Sicherung des Friedens	71
	II.	Die wirtschaftliche Einigung	72
		1. Die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes/Binnenmarktes	72
		2. Die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der	
		Mitgliedstaaten und die Errichtung der Wirtschafts- und	
		Währungsunion	73
	III.	Die politische Einigung	73
	IV.	Die soziale Dimension	75
B.	Die	Methode der europäischen Einigung	76
	I.	Kooperation der Staaten	
	II.	Das Konzept der Integration	76
	III.	Verstärkte Zusammenarbeit	77
C.	Die	Akteure der europäischen Einigung	80
	I.	Die Rolle der Mitgliedstaaten	
	II.	Die Rolle des Europäischen Rates	81
	III.	Die Rolle der anderen Unionsorgane	81
§ 3	Die	Rechtsquellen des Unionsrechts	82
A.	Ges	schriebene Rechtsquellen	82
	I.	Das primäre Unionsrecht	
		1. Die Unionsverträge	
		2. Änderungs- und Ergänzungsverträge	
		3. Beitrittsverträge	
	II.	Das sekundäre Unionsrecht	
	III.	Völkerrechtliche Abkommen der EU	
	-	1 Accoriiorungeahkomman (Art. 217 AEIIV)	

		 a) Abkommen zur Aufrechterhaltung der besonderen Bindungen einiger Mitgliedstaaten der EU 	
		zu Drittländern (Art. 198 AEUV)	85
		b) Abkommen zur Vorbereitung eines möglichen Beitritts-	
		und zur Bildung einer Zollunion (Art. 217 AEUV)	86
		c) Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum	
		"EWR"	
		2. Kooperationsabkommen (Art. 218 AEUV)	
		3. Handelsabkommen (Art. 218 AEUV)	86
В.	Unge	eschriebene Rechtsquellen	87
	I	Allgemeine Rechtsgrundsätze	87
	II.	Gewohnheitsrecht	88
C.	Absn	orachen zwischen den Mitgliedstaaten der EU	89
		Völkerrechtliche Abkommen	
		Beschlüsse der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen	
		der Mitgliedstaaten	90
D.		matische Übersicht über die Rechtsquellen des	
D.		nsrechts	91
	Oillo	iisiceites	′1
§ 4		Verfassungsprinzipien	
A.		tscharakter der Europäischen Union	
		Rechtsnatur der EU	
		Rechtspersönlichkeit der EU	
		1. Völkerrechtsfähigkeit der EU	
		2. Mitgliedstaatliche Rechtsfähigkeit der EU	
		Abgrenzung zu anderen Formen politischer Organisation	96
		Verfassungsrechtliche Grundlagen der Integration in den	^ =
		Mitgliedstaaten	
		1. Die Rechtslage in Deutschland im Einzelnen	
		2. Die Rechtslage in Österreich im Einzelnen 1	
В.		Verhältnis zwischen Unionsrecht und nationalem Recht 1	
		Die Eigenständigkeit des Unionsrechts l	
		Das Zusammenwirken der Rechtsordnungen 1	
		Die unmittelbare Geltung und Anwendbarkeit des Unionsrechts 1	
		Der Vorrang des Unionsrechts	
		Die unionsrechtskonforme Auslegung des nationalen Rechts	13
		Schema zur Prüfung der Vereinbarkeit von nationalem Recht und Unionsrecht	1 77
C.		tsstaatlichkeit, Demokratie und Sozialstaatlichkeit l	
	Ţ	Rechtsstaatlichkeit l	19

		1. Die Gewaltenteilung 119
		a) Prinzip der begrenzten Zuständigkeit
		b) Formen der Zusammenarbeit und institutionelle
		Abhängigkeiten 120
		c) Politisch-parlamentarische Kontrolle 120
		d) Gerichtliche Kontrolle
		2. Die Grundrechte
		a) Ableitung und Anerkennung der Grundrechte in der
		Unionsrechtsordnung 121
		b) Grundrechtsträger und -adressaten 127
		c) Schutzbereich der Grundrechte
		d) Grundrechtseingriff
		e) Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs 130
		f) Einzelne Grundrechtsverbürgungen
		g) Vorbehalte des BVerfG143
		h) Vorbehalte des Europäischen Gerichtshofs für
		Menschenrechte
		3. Rechtsstaatliche Grundsätze
		a) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
		b) Grundsatz des Vertrauensschutzes
		c) Rechtssicherheit und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 150 4. Die Rechtmäßigkeit der Gewaltausübung
		4. Die Rechtmäßigkeit der Gewaltausübung
		6. Der Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte
		7. Schema zur Prüfung der Rechtmäßigkeit von
		Unionsrechtsakten
	II.	Demokratie
	III.	Sozialstaatlichkeit
D.		Unionsbürgerschaft
	I.	Erwerb und Verlust der Unionsbürgerschaft
	II.	Rechtscharakter der Unionsbürgerschaft
	III.	Die durch die Unionsbürgerschaft vermittelten Rechte
		1. Zuweisung allgemeiner Rechte und Pflichten
		 Umfassender Anspruch auf Gleichbehandlung
		4. Anspruch auf Sozialleistungen und steuerliche Vergünstigungen
		5. Kommunal- und Europawahlrecht
		6. Diplomatischer und konsularischer Schutz
		7. Petitionsrecht, Bürgerbeauftragte, Informationsrecht
		8. Das Recht der Bürgerinitiative
		o. Das Recili dei Duigeninnanve

§ 5	Die	Or	ganisationsstruktur 172
A.	Die		gane, Einrichtungen und sonstige Stellen 172
	I.	Ve:	rfassungsorgane der EU174
		l.	
			a) Zusammensetzung
			b) Aufgaben
			c) Arbeitsweise
		2.	Rat der Europäischen Union (Art. 16 EUV)
			a) Zusammensetzung und Vorsitz
			b) Aufgaben
			c) Arbeitsweise
			d) Sitz
		3.	Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und
			Sicherheitspolitik (Art. 18 EUV)
		4.	Europäisches Parlament (Art. 14 EUV)
			a) Zusammensetzung
			b) Wahlgrundsätze
			c) Abgeordnetenstatut
			d) Aufgaben
			e) Außenbeziehungen 196
			f) Arbeitsweise
		_	g) Sitz
		5.	Europäische Kommission (Art. 17 EUV)
			a) Zusammensetzung, Ernennung, Ausscheiden aus dem Amt 202
			b) Aufgaben
			c) Arbeitsweise
			d) Sitz
		6.	Der Gerichtshof der EU (Art. 19 EUV)
			a) Funktion und Zuständigkeiten
			b) Aufbau und Aufgaben des EuGH
			c) Aufbau und Aufgaben des EuG
			d) Fachgerichte
		7.	± '
			a) Die Europäische Zentralbank
			b) Das Europäische System der Zentralbanken
			c) Eurosystem
		_	d) Sitz
		8.	Rechnungshof (Art. 285–286 AEUV)
			a) Zusammensetzung
			b) Aufgaben
			c) Arbeitsweise

Inhaltsverzeichnis

	II.	Beratende Einrichtungen der EU	236
		1. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss (Art. 301–304 AEUV)	236
		2. Der Ausschuss der Regionen (Art. 305–307 AEUV)	238
	III.	Weitere Einrichtungen und Stellen	239
		1. Europäische Investitionsbank (Art. 308, 309 AEUV)	239
		2. Agenturen	240
		a) Exekutivagenturen	240
		b) Regulierungsagenturen	241
В.	Die	Kompetenzen	243
	I.	Allgemeine Kompetenzaufteilung	
	II.	Prinzip der begrenzten Ermächtigung	
	III.	Vertikale Kompetenzabgrenzung	
		1. Ausschließliche Zuständigkeit	
		Geteilte Zuständigkeiten	
		3. Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungs-	
		zuständigkeiten	246
		4. Koordinierung der Wirtschafts-, Beschäftigungs-	= 10
		und Sozialpolitik	. 246
		5. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU	
		6. Zuständigkeiten, die nicht von den Kompetenzkategorien	10
		erfasst werden	246
		a) Vertragsabrundungskompetenz	
		b) Implied powers	
		c) Außenkompetenzen	
		d) Die offene Methode der Koordinierung	
	IV.	Horizontale Kompetenzabgrenzung	
	V.	Subsidiaritätsprinzip	
	• •	1. Anwendungsbereich	
		Anwendungsvoraussetzungen	
		3. Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente	
		4. Gerichtliche Überprüfbarkeit; fehlende unmittelbare	
		Anwendbarkeit	255
C.		Rechtsakte und Rechtshandlungsformen	
	I.	Klassifizierung der Rechtsakte und Handlungsformen	
	II.	Der Katalog der zulässigen Handlungsformen für Rechtsakte	
		1. Verordnungen	
		2. Richtlinien	
		a) Erlass der Richtlinie	
		b) Wirkungen der Richtlinie	
		c) Haltung der nationalen Gerichte	268
		d) Schadensersatzpflicht der Mitgliedstaaten bei	
		Nichtumsetzung der Richtlinien	269

		3. Beschlüsse
		a) Beschlüsse, die an bestimmte Adressaten gerichtet sind 27
		b) Allgemeine Beschlüsse, die keinen bestimmten
		Adressaten haben272
		4. Empfehlungen und Stellungnahmen
	III.	Sonstige Rechtshandlungen, die keine Rechtsakte sind
		1. Entschließungen
		2. Erklärungen
		3. Mitteilungen der Kommission, Aktionsprogramme,
		Grünbücher, Weißbücher27
§ 6	Fur	nktionen27'
A.	Rec	chtsetzung27
	I.	Verfahren zum Erlass der Gesetzgebungsakte27
		1. Ordentliches Gesetzgebungsverfahren27
		2. Besondere Gesetzgebungsverfahren
	II.	Zustimmungsverfahren
	III.	Verfahren zum Erlass von Rechtsakten ohne Gesetzescharakter 28:
	IV.	Verfahren zum Erlass von delegierten Rechtsakten und
		Durchführungsrechtsakten
		1. Bedeutung und Abgrenzungsfragen28
		2. Der Erlass delegierter Rechtsakte (Art. 290 AEUV)
		3. Erlass von Durchführungsrechtsakten (Art. 291 AEUV)
		a) Beratungsverfahren
		b) Prüfverfahren
		c) Auswahl des "richtigen" Verfahrens
		d) Berufungsausschuss
	V.	Atypische Rechtsetzungsverfahren
	•••	1. Rechtsetzung im Bereich des Sozialen Dialogs
		Rechtsetzung im Bereich der technischen Normen
_	¥7	-
В.		Waltung
	1.	Kompetenzaufteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten
		1. Direkter Verwaltungsvollzug
		2. Indirekter Verwaltungsvollzug
	**	3. Verwaltungszusammenarbeit
	II.	Verfahrensrechtliche Grundsätze im direkten Verwaltungsvollzug 294
		1. Offenheit der Verwaltung
		2. Effizienz der Verwaltung
		3. Unabhängigkeit der Verwaltung
		4. Rechtsstaatliche Grundsätze
		5. Konkretisierungsauftrag

	III.	Verfahrensrechtliche Grundsätze im indirekten	
		Verwaltungsvollzug	. 297
		1. Vollzug unmittelbar anwendbaren EU-Rechts	. 298
		2. Vollzug von mittelbar geltendem EU-Recht	. 299
	IV.	Die Haftung der Mitgliedstaaten für Verletzungen des EU-Rechts	. 300
		1. Haftungsgrundlage	. 301
		2. Haftungsgegenstand	. 301
		3. Haftungsvoraussetzungen	. 302
		a) Vorschrift, die dem Einzelnen Rechte verleiht	. 302
		b) Hinreichend qualifizierter Verstoß	. 303
		c) Kausalzusammenhang und Schaden	. 304
		4. Umfang der Entschädigung	. 305
		a) Berücksichtigung des entgangenen Gewinns	. 305
		b) Schadensabwendungspflicht	. 305
		5. Durchsetzung des Entschädigungsanspruchs	
		6. Rückwirkende Anwendung der Haftungsgrundsätze	. 306
C.	Rec	htsprechung	. 307
٠.	I.	Die Direktklagen	
		1. Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258–260 AEGV)	
		a) Funktion und Bedeutung	
		b) Einleitung des Verfahrens	
		c) Verfahrensstadien	
		d) Sanktionen bei Nichtbeachtung des Urteils des EuGH	
		(Art. 260 AEUV)	. 312
		e) Vertragsverletzungsklage durch einen Mitgliedstaat	
		(Art. 259 AEUV)	. 316
		2. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	
		a) Funktion der Nichtigkeitsklage	
		b) Zulässigkeit der Nichtigkeitsklage	
		c) Begründetheit der Nichtigkeitsklage	
		d) Nichtigerklärung	
		3. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV)	
		4. Schadensersatzklage (Art. 268 i.V.m. Art. 340 AEUV)	
		a) Vertragliche Haftung	
		b) Außervertragliche Haftung	. 332
		c) Haftung für rechtmäßiges Handeln	
	II.	Rechtsmittelverfahren (Art. 256 Abs. 1 AEUV)	
		1. Rechtsmittel gegenüber Entscheidungen des EuG	
		a) Beschränkung auf Rechtsfragen	
		b) Keine Veränderung des Streitgegenstandes	
		c) Rechtsmittelgründe	
		d) Urteil	

	2.	Rechtsmittel gegenüber Entscheidungen der Fachgerichte 344
	3.	Rechtsmittel in Rechtssachen, die bereits Gegenstand
		einer zweifachen Prüfung waren 344
III.	Da	s Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)
	1.	Gegenstand des Vorabentscheidungsersuchens
		a) Auslegungsfragen 346
		b) Gültigkeitsfragen 347
		c) Unzulässigkeit der Überprüfung nationalen Rechts 347
	2.	Vorlageberechtigung
	3.	Vorlageverpflichtung
		a) Vorlagepflichtige Gerichte
		b) Begriff des Rechtsmittels
		c) Umfang der Vorlagepflicht
		d) Sanktionen bei Verletzung der Vorlagepflicht
	4.	Wirkungen der Vorabentscheidung
		a) Rechtliche Bindungswirkung des Urteils
		b) Zeitliche Wirkung des Urteils
	5.	Vereinfachtes Verfahren/Eilverfahren
		a) Vereinfachtes Verfahren (Art. 104 VerfO/EuGH)357
		b) Beschleunigtes Verfahren (Art. 104a VerfO/EuGH) 358
		c) Eilverfahren (Art. 104b VerfO/EuGH)
IV.	Vo	rläufiger Rechtsschutz (Art. 278, Art. 279 AEUV) 360
	1.	Bedeutung und Formen des vorläufigen Rechtsschutzes 360
	2.	
		(Art. 278 Satz 1 AEUV)
	3.	Antrag auf Vollzugsaussetzung (Art. 278 Satz 2 AEUV) bzw.
		Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung
		(Art. 279 AEUV)
		a) Zulässigkeit des Antrags
		b) Begründetheit des Antrags 362
		c) Entscheidung
V.		s Verfahren vor dem EuGH/EuG366
		Verfahrenseinleitung
	2.	
	3.	Mündliche Verhandlung
	4.	Urteil
		a) Urteilsberatung
		b) Entscheidungsgründe 370
	5.	Verkündung, Veröffentlichung und Verfahrensdauer 371
	6.	Vollziehung und Vollstreckung 371

2. Te Die	l Wirtschaftsverfassung373
§ 7	Der Binnenmarkt
Α.	Vom Gemeinsamen Markt zum Binnenmarkt 373
В.	Rechtliche Prinzipien des Binnenmarktes376I. Die Marktfreiheit im Binnenmarkt376II. Die Marktgleichheit im Binnenmarkt377III. Die Wettbewerbsfreiheit378
C.	Die Rechtsangleichung
	III. Spezielle Ermächtigungen zur Rechtsangleichung; Steuerharmonisierung
§ 8	Die Wirtschafts- und Währungspolitik
Α.	Die Entwicklung bis zum Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion
В.	Die rechtlichen Rahmenbedingungen 392 I. Marktwirtschaftliches Ordnungssystem 392 II. Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik 392 1. Allgemeine wirtschaftliche Koordinierung 392 2. Überwachung der staatlichen Haushaltspolitik 394

		a) Grundsätze	. 394
		b) Stabilitäts- und Wachstumspakt	. 395
		c) Six-Pack	
		d) Europäisches Semester	. 398
		e) Fiskalpakt	
	III.	Ausgestaltung der Währungspolitik	. 402
		1. Grundsätze der Währungspolitik	. 402
		2. Einführung des "Euro" als gemeinsame Währung	. 402
		3. Wahrung der Stabilität des Euroraums	. 404
	IV.	Der institutionelle Rahmen	. 405
3. Te			
		ndfreiheiten	
§ 9	Dei	freie Warenverkehr	. 407
A.	Die	Zollunion (Art. 30–32 AEUV)	. 407
	I.	Der Gemeinsame Außenzoll	
		1. Festlegung des Gemeinsamen Zolltarifs	. 408
		2. Zoll- und Verfahrensrecht	. 409
	II.	Abschaffung der Binnenzölle	. 410
	III.	Verbot zollgleicher Abgaben	. 410
		1. Begriffsbestimmung	. 410
		2. Abgrenzung zu den Gebühren	
		3. Abgrenzung zu den inländischen Abgaben	
		4. Adressaten des Verbots	. 412
		5. Unmittelbare Anwendbarkeit	. 412
В.	Das	s Verbot der mengenmäßigen Beschränkungen und	
		ßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34–36 AEUV)	. 413
	I.	Anwendungsbereich	. 413
		1. Staatliche Maßnahmen	. 413
		2. Waren	. 414
	II.	Mengenmäßige Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen	. 415
	III.	Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige	
		Beschränkungen	
		1. Begriff der "Maßnahme gleicher Wirkung" i.S.v. Art 34 AEUV	
		a) Dassonville-Formel	
		b) Cassis-de-Dijon-Formel	
		c) Keck-Formel	. 420
		d) Die Erweiterung der Keck-Formel durch die	
		3-Stufen-Theorie	. 424
		e) Synthese der Rechtsprechung zum Begriff der Maßnahme	
		gleicher Wirkung	. 425

		2.	Wichtige Fallgruppen	426
			a) Beschränkungen in Bezug auf die Ware selbst, ihre	
			Verpackung oder Bezeichnung	426
			b) Beschränkungen des Orts oder der Zeit des Verkaufs	
			sowie der Vertriehbswege	
			c) Regelungen über Preise und Preisbestandteile	
			d) Werbung und Absatzförderung	429
			e) Beschränkungen zur Abwehr von Verwechselungen	
			oder unlauterer Handlungspraktiken	
			f) Beschränkungen aufgrund gewerblicher Schutzrechte	
			Maßnahme gleicher Wirkung i.S.v. Art. 35 AEUV	
	IV.		nranken des Verbots – Rechtfertigung einer Beschränkung	
		1.	Immanente Schranken	
			a) "Zwingende Erfordernisse"	
			b) Allgemeinwohlinteressen	
			c) Verhältnismäßigkeit	
		2.	Rechtfertigung nach Art. 36 AEUV	
			a) Regelungszuständigkeit der Mitgliedstaaten	
			b) Geschützte Rechtsgüter	
			c) Grenzen der nationalen Regelungszuständigkeit	
	V.	D:	ifungeechoma	441
	٧.	PI	ifungsschema	
C.			nung der staatlichen Handelsmonopole	
C.	Um	fori	•	
C.	Um	fori	nung der staatlichen Handelsmonopole	
	Um (Ar	fori t. 37	nung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV)	443
§ 10	Um (Ar	fori t. 37 Fre	nung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV)	443 445
	Um (Ar Die	fori t. 37 Fre	nung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) siheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs	443 445
§ 10	Um (Ar	fori t. 37 Fre gem	nung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs deiner Überblick Regelungen	443 445 445
§ 10	Um (Ar Die	fori t. 37 Fre gem Dic 1.	nung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs ceiner Überblick c Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer	443 445 445
§ 10	Um (Ar Die	Free Die 1. 2.	nung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs deiner Überblick Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit	443 445 445 445
§ 10	Um (Ar Die Alla I.	Free Die 1. 2. 3.	nung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs cieiner Überblick c Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit Dienstleistungsfreiheit	445 445 445 446
§ 10	Um (Ar) Die Alla I.	Free Die 1. 2. 3. Ab	nung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs deiner Überblick Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit Dienstleistungsfreiheit grenzungsfragen	445 445 445 446 446
§ 10	Um (Arr	Free Die 1. 2. 3. Ab Vo	nung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs e Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit Dienstleistungsfreiheit grenzungsfragen m Diskriminierungsverbot zum Behinderungsverbot	445 445 445 446 446 446
§ 10	Um (Ar) Die Alls I. II. III. IV.	Free Die 1. 2. 3. Abovo Ab	nung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs e Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit Dienstleistungsfreiheit grenzungsfragen m Diskriminierungsverbot zum Behinderungsverbot schaffung der Grenzkontrollen: Schengener Besitzstand	445 445 445 446 446 448
§ 10	Um (Ar) Die Alls I. II. III. IV.	Free Die 1. 2. 3. Ab Vo Ab	nung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs ce Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit Dienstleistungsfreiheit grenzungsfragen m Diskriminierungsverbot zum Behinderungsverbot schaffung der Grenzkontrollen: Schengener Besitzstand ceizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45–48 EGV)	445 445 445 446 446 448
§ 10 A.	Um (Ar) Die Alls I. II. III. IV.	Free Die 1. 2. 3. Ab Vo Ab Free Be	riheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs deiner Überblick Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit Dienstleistungsfreiheit grenzungsfragen m Diskriminierungsverbot zum Behinderungsverbot schaffung der Grenzkontrollen: Schengener Besitzstand eizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45–48 EGV) günstigter Personenkreis	445 445 445 446 446 446 446 450
§ 10 A.	Um (Ar Die Alla I.	Free Die 1. 2. 3. Ab Vo Ab Free Be 1.	mung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs e Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit Dienstleistungsfreiheit grenzungsfragen m Diskriminierungsverbot zum Behinderungsverbot schaffung der Grenzkontrollen: Schengener Besitzstand eizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45–48 EGV) günstigter Personenkreis Arbeitnehmer	445 445 445 446 446 446 446 451 451
§ 10 A.	Um (Ar Die Alla I.	Free Die 1. 3. Ab Vo Ab Free Be 1. 2.	mung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs e Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit Dienstleistungsfreiheit grenzungsfragen m Diskriminierungsverbot zum Behinderungsverbot schaffung der Grenzkontrollen: Schengener Besitzstand eizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45–48 EGV) günstigter Personenkreis Arbeitnehmer Familienangehörige	445 445 445 446 446 448 451 453
§ 10 A.	Um (Ar Die Alla I.	Free Die 1. 2. 3. Ab Vo Ab Free Be 1. 2. 3.	mung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs e Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit grenzungsfragen m Diskriminierungsverbot zum Behinderungsverbot schaffung der Grenzkontrollen: Schengener Besitzstand eizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45–48 EGV) günstigter Personenkreis Arbeitnehmer Familienangehörige Angehörige der neuen Mitgliedstaaten	445 445 446 446 446 446 451 451 453
§ 10 A.	Um (Ar Die Alla I.	Free Die 1. 2. 3. Ab Vo Ab Free Be 1. 2. 3.	mung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs e Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit grenzungsfragen m Diskriminierungsverbot zum Behinderungsverbot schaffung der Grenzkontrollen: Schengener Besitzstand cizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45–48 EGV) günstigter Personenkreis Arbeitnehmer Familienangehörige Angehörige der neuen Mitgliedstaaten Angehörige von Drittstaaten	445 445 446 446 446 450 451 453 455 456
§ 10 A.	Um (Ar Die Alla I.	Free Die 1. 2. 3. Ab Vo Ab Free Be 1. 2. 3.	mung der staatlichen Handelsmonopole 7 AEUV) ciheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs e Regelungen Freizügigkeit der Arbeitnehmer Niederlassungsfreiheit grenzungsfragen m Diskriminierungsverbot zum Behinderungsverbot schaffung der Grenzkontrollen: Schengener Besitzstand eizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45–48 EGV) günstigter Personenkreis Arbeitnehmer Familienangehörige Angehörige der neuen Mitgliedstaaten	445 445 446 446 446 451 451 452 453 456 456

		c) Weitere Gestaltung der Einwanderungspolitik	459
	II.	Inhalt des Freizügigkeitsrechts	459
		1. Grundsatz der Gleichbehandlung	459
		a) Begünstigte des Gleichbehandlungsgebots	459
		b) Verpflichtete des Gleichbehandlungsgebots	461
		c) Gegenstand des Gleichbehandlungsgebots	461
		2. Behinderungsverbot	463
		3. Recht auf Stellenbewerbung	464
		4. Recht auf Ausübung einer Beschäftigung	466
		5. Gewerkschaftliche Rechte	466
		6. Verbleiberecht	466
	III.	Rechtfertigung von Beschränkungen der Freizügigkeit	467
	IV.	Die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer	468
		1. Persönlicher Anwendungsbereich	469
		2. Sachlicher Geltungsbereich	470
		3. Grundprinzipien des Rechts der sozialen Sicherheit	471
		a) Koordinierung der nationalen Sozialleistungssysteme	471
		b) Grundsatz der Gleichbehandlung	472
		c) Zusammenrechnung der Versicherungszeiten	474
		d) Export der Sozialleistungen	474
	V.	Ausnahmen des Freizügigkeitsrechts zugunsten der öffentlichen	
		Verwaltung	475
C.	Die	Niederlassungsfreiheit	477
.	I.	Begünstigter Personenkreis	
	II.	Sachlicher Anwendungsbereich	
		1. Erwerbstätigkeit	
		2. Niederlassung	
		3. Ausnahme: "Ausübung hoheitlicher Gewalt"	
	III.	Inhalt des Niederlassungsrechts	
		1. Diskriminierungsverbot	
		a) Mögliche Eingriffsmaßnahmen	
		b) Verbot von Diskriminierungen	
		Verbot von Behinderungen	
		a) Anerkennung und Inhalt des Behinderungsverbots	
		b) Behinderung der Standortwahl von Gesellschaften	
	IV.	Rechtfertigung von Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit	
	V.	Maßnahmen zur Erleichterung der Wahrnehmung	
	•••	der Niederlassungsfreiheit	492
		Die gegenseitige Anerkennung der Diplome und	
		Befähigungsnachweise	492
		a) Allgemeine Regelung für die Anerkennung von	
		Aushildungsnachweisen	494

		b) Anerkennung der Berufserfahrung	495
		Berufsqualifikationen	407
		d) Sprachkenntnisse	
		Gegenseitige Anerkennung außerhalb der Richtlinie	470
		2. Gegenseinge Anerkeinfung außerhab der Kiehnnie	104
		3. Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften	470
		der Mitgliedstaaten	497
D.	Der	freie Dienstleistungsverkehr (Art. 56–62 AEUV)	
	I.	Persönlicher Anwendungsbereich	499
	II.	Sachlicher Anwendungsbereich: Begriff der Dienstleistung	500
	III.	Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit	503
		1. Diskriminierungsverbot	503
		2. Behinderungsverbot	504
	IV.	Rechtfertigung von Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit	505
	V.	Maßnahmen zur Erleichterung der Wahrnehmung der	
		Dienstleistungsfreiheit	507
	VI.	Öffentliches Auftragswesen	508
E.	Gen	neinsame Grundstruktur der Grundfreiheiten/	
	Prü	fungsschema	510
	I.	Gemeinsame Grundstruktur der Grundfreiheiten	510
		1. Eingriffstatbestand	511
		2. Rechtfertigung	511
		3. Unmittelbare Anwendbarkeit der Grundfreiheiten	512
		4. Grenzüberschreitender Bezug	513
	II.	Prüfungsschema für die Freizügigkeit, die Niederlassungs-	
		freiheit und die Dienstleistungsfreiheit	514
F.	Ein	- und Ausreiserecht, Aufenthalts- und Verbleiberecht	515
	I.	Ein- und Ausreiserecht	516
	II.	Aufenthaltsrecht	517
		1. Recht auf Aufenthalt von bis zu drei Monaten	517
		2. Recht auf Aufenthalt während mehr als drei Monaten	518
		3. Recht auf Daueraufenthalt	519
		4. Verlust des Aufenthaltsrechts	520
		5. Sanktionen	520
	III.	Verbleiberecht	
	IV.	Einschränkungen aus Gründen des "ordre public"	
		1. Bedrohung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit	
		und Gesundheit	521
		2. Verfahrensmäßige Rechte	

§ 11	Die	Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	523		
A.	Bed	eutung und rechtliche Regelungen	523		
В.	Per	sönlicher Anwendungsbereich	524		
C.	I. II. III.	hlicher Anwendungsbereich Kapitalverkehr Zahlungsverkehr Abgrenzungsfragen	525 525		
D.	Bes	eitigung der Beschränkungen	527		
E.	Aus I. II.	nahmen vom Beschränkungsverbot Ausnahmen im Verhältnis der Mitgliedstaaten untereinander Ausnahmen im Verhältnis zu Drittstaaten	529		
F.	Prü	fungsschema für den freien Kapitalverkehr	532		
4. Te Der		e Wettbewerb	533		
§ 12	Die	Grundlagen des europäischen Wettbewerbsrechts	533		
A.	Zwe	eck und Aufbau der Wettbewerbsvorschriften	533		
В.	Verhältnis zum nationalen Wettbewerbsrecht und zu den				
		ernationalen Wettbewerbsregeln			
	I. II.	Europäisches und nationales Wettbewerbsrecht Europäisches und internationales Wettbewerbsrecht			
		•			
§ 13		schriften für Unternehmen			
A.	Das	Kartellverbot (Art. 101 AEUV)			
	I.	Tatbestand des Kartellverbots			
		1. "Unternehmen" als Adressaten des Kartellverbots			
		2. Vereinbarungen, Beschlüsse, abgestimmte Verhaltensweisen			
		a) Vereinbarungenb) Beschlüsse			
		c) Abgestimmte Verhaltensweisen			
		3. Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung	777		
		des Wettbewerbs	546		
		4. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels			
		5. Spürbarkeit			
	II.	Rechtsfolge des Kartellverbots			
	III.	Freistellungen vom Kartellverbot			
		1. Voraussetzungen der Freistellung	552		

		2. Verfahren der Freistellung	553
		3. Rechtsfolge der Freistellung	554
В.		Verbot des Missbrauchs einer den Markt beherrschenden	
	Stel	lung (Art. 102 AEUV)	
	I.	Marktbeherrschende Stellung	
		1. Relevanter Markt	
		2. Marktanteil	
	II.	Missbräuchliche Ausnutzung	
		1. Ausbeutungsmissbrauch	
		2. Behinderungsmissbrauch	
		a) Kampfpreisunterbietungen	
		b) Gewerbliche Schutzrechte	560
		c) Ausschließlichkeitsbindungen und vergleichbare	
		Maßnahmen	
		d) Lieferverweigerung	
		e) Begrenzung von Monopolen	562
		f) Kosten-Preis-Schere	563
	III.	Rechtsfolgen des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung \dots	563
C.	Das	Kartellverfahren	564
	I.	Wirksame Durchsetzung der Wettbewerbsregeln	564
		1. Unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 101 Abs. 3 AEUV	564
		2. Dezentralisierung der Anwendung der Art. 101 und 102 AEUV	565
		3. Ermittlungsbefugnisse der Kommission	
		a) Nachprüfungsbefugnisse	565
		b) Befugnis zur Befragung	566
		c) Auskunftsverlangen	566
		d) Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze	
		4. Abstellung von Zuwiderhandlungen	567
		a) Feststellung und Abstellung der Zuwiderhandlung	
		b) Einstweilige Maßnahmen	568
		c) Beschluss über Verpflichtungszusagen	
		d) Feststellung der Nichtanwendbarkeit	
		der Wettbewerbsregeln	569
		5. Befugnisse der nationalen Wettbewerbsbehörden	569
		6. Sanktionen	
	II.	Einheitliche Anwendung der Wettbewerbsregeln	
	III.	Rechtsschutz	
§ 14	Fus	ionskontrolle	575
		stehungsgeschichte	

В.	Anv	wendungsbereich der Verordnung über Fusionskontrolle	576
	I.	Zusammenschluss von Unternehmen	
	II.	Unionsweite Bedeutung des Zusammenschlusses	576
	III.	Untersagungskriterien	577
C.	Ver	fahren der Fusionskontrolle	578
	I.	Zuständigkeiten für die Kontrolle von Unternehmens-	
		zusammenschlüssen	
		1. Verweisungen vor Anmeldung	578
		2. Verweisung nach Anmeldung	
	II.	Verfahrensvorschriften und Fristen	
		1. Vorabprüfverfahren	
		2. Hauptprüfverfahren	580
§ 15	Kor	ntrolle staatlicher Beihilfen	581
Α.		hilfetatbestand	
л.	I.	Vorliegen einer Beihilfe	
	1.	Zuweisung eines wirtschaftlichen Vorteils an Unternehmen	701
		oder Wirtschaftszweige	582
		Transfer staatlicher Mittel	
		3. Selektiver Charakter der Maßnahme	
	П.	Verfälschung des Wettbewerbs	
	III.	Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	
В.	Aus	snahmen vom Beihilfenverbot	587
	I.	Legalausnahmen nach Art. 107 Abs. 2 AEUV	587
	II.	Ausnahmen nach Art. 107 Abs. 3 AEUV	588
		1. Allgemeine Leitlinien zur Ausübung der Ermächtigung	589
		2. Die wichtigsten Ausnahmekategorien	590
		a) Regionalbeihilfen	590
		b) Behebung einer beträchtlichen Störung	
		im Wirtschaftsleben	
		c) Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige	
		d) Kulturförderung	
		e) Vom Rat bestimmte Ausnahmen	
		3. Freistellung vom Beihilfeverbot	
C.	Bei	hilfeverfahrensrecht	593
	I.	Verpflichtung zur Notifizierung neuer Beihilfen und	
		Durchführungsverbot	
	II.	Kontrolle notifizierter Beihilfen	
	III.	Kontrolle nicht notifizierter Beihilfen	
	IV.	Kontrolle bestehender Beihilfen	598

	I. Rechtsschutz vor Anmeldung der Beihilfen 1. Handlungsmöglichkeiten der Kommission 2. Handlungsmöglichkeiten der nationalen Gerichte II. Rechtsschutz im Vorprüfverfahren 1. Rechtsschutzmöglichkeiten für die Wettbewerber 2. Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten II. Rechtsschutz im Hauptprüfverfahren 1. Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten 2. Rechtsschutzmöglichkeiten für Wettbewerber 3. Rechtsschutzmöglichkeiten für staatliche Stellen IV. Rechtsschutz gegenüber Untätigkeit 1. Untätigkeit der Kommission 2. Untätigkeit des Mitgliedstaates	599 599 599 600 600 601 601
	2. Handlungsmöglichkeiten der nationalen Gerichte II. Rechtsschutz im Vorprüfverfahren 1. Rechtsschutzmöglichkeiten für die Wettbewerber 2. Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten II. Rechtsschutz im Hauptprüfverfahren 1. Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten 2. Rechtsschutzmöglichkeiten für Wettbewerber 3. Rechtsschutzmöglichkeiten für staatliche Stellen IV. Rechtsschutz gegenüber Untätigkeit 1. Untätigkeit der Kommission	599 599 599 600 600 601 601
	II. Rechtsschutz im Vorprüfverfahren 1. Rechtsschutzmöglichkeiten für die Wettbewerber 2. Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten II. Rechtsschutz im Hauptprüfverfahren 1. Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten 2. Rechtsschutzmöglichkeiten für Wettbewerber 3. Rechtsschutzmöglichkeiten für staatliche Stellen IV. Rechtsschutz gegenüber Untätigkeit 1. Untätigkeit der Kommission	599 599 600 600 601 601
	Rechtsschutzmöglichkeiten für die Wettbewerber Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten I. Rechtsschutz im Hauptprüfverfahren Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten Rechtsschutzmöglichkeiten für Wettbewerber Rechtsschutzmöglichkeiten für staatliche Stellen IV. Rechtsschutz gegenüber Untätigkeit Untätigkeit der Kommission	599 600 600 601 601 602
I	Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten II. Rechtsschutz im Hauptprüfverfahren Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten Rechtsschutzmöglichkeiten für Wettbewerber Rechtsschutzmöglichkeiten für staatliche Stellen IV. Rechtsschutz gegenüber Untätigkeit 1. Untätigkeit der Kommission	600 600 600 601 602
I	II. Rechtsschutz im Hauptprüfverfahren 1. Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten 2. Rechtsschutzmöglichkeiten für Wettbewerber 3. Rechtsschutzmöglichkeiten für staatliche Stellen IV. Rechtsschutz gegenüber Untätigkeit 1. Untätigkeit der Kommission	600 600 601 601 602
Ι	Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten Rechtsschutzmöglichkeiten für Wettbewerber	600 601 601 602
	Rechtsschutzmöglichkeiten für Wettbewerber	601 601 602
	Rechtsschutzmöglichkeiten für staatliche Stellen Rechtsschutz gegenüber Untätigkeit Untätigkeit der Kommission	601 602
	IV. Rechtsschutz gegenüber Untätigkeit	602
1	1. Untätigkeit der Kommission	
1		002
		602
	2. Omangken des mitgheustaates	. 002
§ 16 I	Das Verbot der Begünstigung öffentlicher Unternehmen	603
A. I	Respektierung der nationalen Eigentumsordnungen	
(Art. 345 AEUV)	603
В. А	Anwendbarkeit der Wettbewerbsregeln auf "unternehme-	
	risches Handeln" des Staates (Art. 106 Abs. 1 AEUV)	. 603
C. A	Ausnahmeregelung für "Dienstleistungen von	
a	allgemeinem öffentlichen Interesse" (Art. 106 Abs. 2,	
A	Art. 14 AEUV)	. 604
D. I	Durchführungsbefugnisse der Kommission	
	Art. 106 Abs. 3 AEUV)	606
`	,	
5. Teil		
	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	. 607
§ 17 A	Aufbau des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	607
A. I	Rechtsgrundlage und Ziele	607
В. 9	Schutzklausel	608
C. I	Beschlussverfahren und Subsidiaritätskontrolle	608
D. (Opt-out und opt-in Rechte	609
-	Aufbau der Kontrollen an den Binnengrenzen und Grenzschutz an den Außengrenzen	610

Α.	Abb	au	der Kontrollen an den Binnengrenzen	610
В.	Gre	nzs	chutz an den Außengrenzen	612
§ 19	Just	tizi	elle Zusammenarbeit in Zivilsachen	614
§ 20	Just	tizi	elle Zusammenarbeit in Strafsachen	618
Α.	Gru	nds	sätze der Zusammenarbeit	618
	I.	Ge	genseitige Anerkennung	618
		1.	Gegenseitige Anerkennung von Urteilen und gerichtlichen	
			Entscheidungen	618
			a) Europäischer Haftbefehl	618
			b) Gegenseitige Anerkennung von Geldstrafen	
			und Geldbußen	622
			c) Berücksichtigung der in anderen Mitgliedstaaten	
			ergangenen Verurteilungen	
			d) Überwachung von Bewährungsmaßnahmen	
			e) Europäische Ermittlungsanordnung	623
			f) Nichtanerkennung von Entscheidungen bei	
			Abwesenheitsurteilen	
			g) Alternative zur Untersuchungshaft	
			h) Europäische Schutzanordnung	
			Verhinderung von Kompetenzkonflikten	
		3.	Zusammenarbeit von Verwaltungs- und Justizbehörden	
			a) Europäisches Justizielles Netz in Strafsachen	
			b) Rechtshilfe in Strafsachen	
			c) Geldwäsche	
			d) Austausch von Informationen aus dem Strafregister	
В.	Stra		erfahrensrecht	
	I.		nalt	
	II.	Be	schlussverfahren	630
C.	Mat	teri	elles Strafrecht	630
	I.		igleichung in Bereichen besonders schwerer grenzüber-	
			nreitender Kriminalität	630
		1.	Terrorismusbekämpfung	631
		2.	Bekämpfung des Menschenhandels	632
		3.	Bekämpfung des Drogenhandels	634
		4.	Angriffe auf Informationssysteme	634
			Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	635
	II.	An	gleichung im Rahmen der sonstigen EU-Politiken und	
		Gr	undfreiheiten	635
	TTT	Re	schlussverfahren	637

D.	Eurojust	
	I. Zusammensetzung	
	II. Verarbeitung personenbezogener Daten	
	III. Beziehung zu anderen Instanzen	9
E.	Europäische Staatsanwaltschaft	0
	I. Zusammensetzung	0
	II. Aufgaben	1
§ 21	Polizeiliche Zusammenarbeit	2
A.	Inhalt	2
	I. Operative Zusammenarbeit	2
	II. Informationsbeschaffung und -verarbeitung	3
	III. Aus- und Weiterbildung	4
B.	Europol	5
	I. Einrichtung	5
	II. Aufbau64	
	III. Auftrag, Zuständigkeiten und Aufgaben	6
	IV. Kontrolle durch das EP und die nationalen Parlamente	7
§ 22	Einwanderungs- und Asylrecht	8
A.	Einwanderungsrecht	8
	I. Legale Einwanderung	9
	II. Integration	0
	III. Illegale Einwanderung	1
	IV. Rücknahmeübereinkommen 65	2
В.	Asylrecht	2
C.	Gesamtansatz für Migration und Mobilität	5
Cticle	warturgaichaic 65	7